

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 266

Oktober 2023

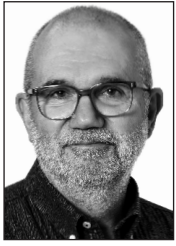


1 2 3 4

Vier städtische Abstimmungen am 19. November:

Unsere Argumente
Unsere Empfehlungen

Editorial



im November mit vier Abstimmungen auf Gemeindeebene.

In wenigen Tagen kommt ein spannender Wahlherbst zu seinem Höhepunkt: mit den Erneuerungswahlen für den National- und Ständerat. Danach geht es aber gleich weiter,

Waren Sie schon an der Urne und haben gewählt? Wenn nein, so ist es höchste Zeit jetzt noch Ihre Stimme für unsere Kandidierenden einzuwerfen. Die Umfragen prognostizieren für die SP einen kleinen Zuwachs – ich erhoffe mir selbstverständlich noch mehr. Mit Ihrer Stimme für die SP unterstützen Sie die Partei, die die aktuellen Sorgen aller Menschen in diesem Lande ernst nimmt, nämlich die steigenden Lebenshaltungskosten, Krankenkassen-Prämien oder Wohnungsmieten. In der reichen Schweiz leben ca. 1 Million armutsgefährdete Menschen – unfassbar und unnötig. Reichen die aktuellen Renten für einen würdigen Lebensabend? Nein. Oder die Renten der Frauen? Da muss nachgebessert werden. Und noch etwas: Gleichstellung ist bei der SP nicht nur ein Wort, sondern es wird praktiziert.

Das Klima, als letztes wichtige Thema, das ich hier nennen will, haben wir ebenfalls auf unserer Agenda – denn was hinterlassen wir schlussendlich unseren Kindern? Verantwortung übernehmen und Verantwortung leben, muss das Motto heissen. Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament sieht bei all diesen Themen wenig Probleme oder bietet keine Hand für gute, pragmatische Lösungen. Ein Wandel in Bern ist dringend nötig.

Zu den lokalen Abstimmungen: Im November werden die Ustermer Stimmberechtigten mit vier kommunalen Abstimmungen konfrontiert. In der vorliegenden FORUM-Nummer legen Ihnen unsere Gemeinderatsmitglieder die Sichtweise der SP dar und erklären, weshalb man die entsprechende Vorlage unterstützen oder verwerfen soll. Intern am umstrittensten ist die Abstimmung zur Initiative gegen die Moosackerstrasse. Hier haben unsere Mitglieder nach intensiver Diskussion und in einem sehr knappen Entscheid entschieden, dem Vorschlag des Stadtrates zu folgen (siehe Seiten 4/5).

Und am 19. November gilt genauso wie am 22. Oktober: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, entscheiden Sie mit!

Marco Zarotti, Präsident SP Uster

Aus dem Gemeinderat

In Uster ist vieles in Bewegung

Seit der letzten Ausgabe des FORUM wurden im Gemeinderat viele Themen behandelt. Ein paar wenige will ich an dieser Stelle kurz beleuchten.

Der Trägerverein der Musikschule Uster-Greifensee hat angekündigt, sich auflösen zu wollen. Die Gemeinden sind aber verpflichtet, einen qualifizierten Musikunterricht anzubieten. Die Primarschulpflege hat verschiedene Modelle geprüft und sich für eine Integration der bisherigen Musikschule in die Stadt entschieden. Der Gemeinderat hat diesem Antrag zugestimmt. Die SP hat dabei darauf hingewiesen, dass nach der Integration auch die Höhe der Elternbeiträge überprüft werden sollte. Im Moment sind diese in Uster im Quervergleich sehr hoch. Bei der schulergänzenden Betreuung hat unser ständiges Mahnen schliesslich zum Erfolg geführt (siehe Seite 3). Darum auch hier: Wir bleiben dran.



Mit einem Vorstoss hat die SP die Revision der Energieplanung angestossen. Der alte Energieplan ist schon in die Jahre gekommen. Der Stadtrat hat den Ball aufgenommen und will den Energieplan nun im Hinblick auf eine fossilfreie Energieversorgung überarbeiten.

Neue Regeln gibt es auch beim Thema Tempo 30: Hier war es bislang so, dass in einem Quartier mindestens die Hälfte der Bewohnenden eine entsprechende Petition unterzeichnen mussten, bevor die Stadt handelte. Auf einen Vorstoss aus dem Gemeinderat hat der Stadtrat nun aber mitgeteilt, dass er neu auch von sich aus die Einfüh-

rung von Tempo 30 prüfen will, wenn er eine oder mehrere Strassen sowieso aufgrund von Sanierungsarbeiten umgestalten muss. Ein Vorgehen, das wir sehr unterstützen.

Die Arbeit im Gemeinderat ist spannend und vielseitig. Manchmal braucht es aber auch einen langen Schnauf, bis man ein Ergebnis sieht. So konnte man im Juni während zwei Wochen erahnen, was im Zentrum alles möglich ist, wenn es endlich autofrei sein wird. Der Stadtrat will das definitive Projekt nächstes Jahr dem Gemeinderat vorlegen. Man sieht: In Uster ist vieles in Bewegung.

Angelika Zarotti, Präsidentin SP-Fraktion

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: E. Feldmann, Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Abstimmungen vom 19. November: JA zur Erhöhung des Beitrags an die schulergänzende Betreuung

Neues Tarifmodell entlastet Familien mit mittleren und tiefen Einkommen

Am 19. November stimmen wir über ein neues Tarifmodell für die schulergänzende Betreuung der Stadt Uster ab. Von diesem neuen Tarifmodell profitieren vor allem Familien mit tiefen und mittleren Einkommen und es verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Langjährige Anliegen der SP Uster werden somit endlich erfüllt, so dass wir mit Überzeugung ein JA empfehlen können.

Von Markus Wanner, SP-Gemeinderat

Die schulergänzende Betreuung wurde in Uster im Jahr 2008 eingeführt. Heute nutzen rund 900 Schüler:innen das Angebot. Verglichen mit anderen Städten und Gemeinden in der Region sind die Ustermer Tarife für die schulergänzende Kinderbetreuung hoch. In Uster kostet heute ein Tag Betreuung für eine Familie mit mittlerem Einkommen für zwei Kinder 156 Franken, in Wetzikon und Dübendorf sind es weniger als 100 Franken. Die SP hat im Gemeinderat immer wieder kritisiert, dass die Elternbeiträge zu wenig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen würden.

Einkommen darf nicht entscheidend sein

Nun soll das Tarifmodell angepasst werden und das ganz im Sinne der SP: Weniger Verdienende sollen bei den Betreuungskosten stärker entlastet werden. Es darf nicht sein, dass das Einkommen entscheidet, ob ein Kind in die schulergänzende Betreuung geht oder nicht, sondern die familiären

Übersicht über die Betreuungsmodule der schulergänzenden Betreuung

Morgenbetreuung: von 7 Uhr bis Schulbeginn
Mittagsbetreuung: von 11:50 bis 14 Uhr
Nachmittagsbetreuung ohne Unterricht: von 14 bis 18 Uhr
Nachmittagsbetreuung mit Unterricht: ab Unterrichtsende bis 18 Uhr

Bedürfnisse. Das ist heute mit den hohen Tarifen leider oft nicht der Fall. Zu oft hören wir, dass sich Familien die Betreuung schlicht nicht leisten können. Nun soll das Tarifmodell der Primarschule Uster die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern besser berücksichtigen und zu einer deutlichen Entlastung bei den weniger Verdienenden führen.



Bislang war die schulergänzende Betreuung in Uster im Vergleich zu ähnlichen Städten relativ teuer. Mit dem neuen Tarifmodell soll das geändert werden.

Das wichtigste Element des neuen Tarifmodells ist eine stärkere Abstufung der Tarife nach dem massgebenden Einkommen. Ausserdem gibt es einen Rabatt bei Kindern, die den Unterricht am Nachmittag besuchen, sowie einen Rabatt von 10 Prozent für Alleinerziehende. Dank diesen Massnahmen werden die Tarife für Familien mit geringen und mittleren Einkommen durchschnittlich 39 Prozent tiefer liegen als heute.

Bis 64 Prozent weniger zahlen

Zwei kleine Modellrechnungen zeigen, wie Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen mit dem neuen Modell entlastet werden.

● Familie mit tiefem Einkommen

28'000 CHF/Jahr, 2 Kinder in der Betreuung, 2 Tage pro Woche, Mittags- und Nachmittagsbetreuung.

Tarif bisher: 42 CHF/Tag

Tarif neu: 15.20 CHF/Tag

Ersparnis: 36.80 CHF/Tag (oder

107.20 CHF/Monat = 64 Prozent Ersparnis)

● Familie mit mittlerem Einkommen

67'000 CHF/Jahr, 2 Kinder in der Betreuung,

2 Tage pro Woche, Mittags- und Nachmittagsbetreuung.

Tarif bisher: 124 CHF/Tag

Tarif neu: 55 CHF/Tag

Ersparnis: 69 CHF/Tag (oder

267.00 CHF/Monat = 55 Prozent Ersparnis).

Zugegeben: Nicht alle Familien bezahlen weniger. Familien mit einem massgebenden Einkommen von mehr als 135'500 Franken bezahlen für die Nachmittagsbetreuung durchschnittlich 17 Prozent mehr. Für sie stellt die Kinderbetreuung aber auch eine weniger grosse Belastung dar, ist der Aufschlag eher verkraftbar.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Mit dem neuen Modell steigt der städtische Beitrag von bislang 6 Millionen Franken auf neu 6,6 Millionen Franken, also um 10 Prozent. Das ist vergleichsweise wenig Geld, ermöglicht aber vielen Familien, in Zukunft ihre Kinder betreuen zu lassen. Die SP will eine moderne und soziale Familienpolitik. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit einem JA setzen wir uns für bezahlbare Betreuungsplätze ein.

Abstimmungen vom 19. November: NEIN zur Volksinitiative gegen die Moosackerstrasse, JA zum Gegenvorschlag

Möglichkeiten für die Aufwertung des historischen Stadtzentrums wahren

Am 19. November kommt die «Kulturlandinitiative gegen die Moosackerstrasse» sowie ein Gegenvorschlag dazu zur Abstimmung. Ein Urnengang, der die SP vor ein Dilemma stellt: Sie ist naturgemäss gegenüber neuen Strassen äusserst skeptisch eingestellt. Gleichzeitig ist aber die Moosackerstrasse Voraussetzung für eine Verkehrsbefreiung des historischen Stadtkerns. Und beides gleichzeitig kann man leider nicht haben. Nach intensiver Diskussion haben sich die Mitglieder der SP Uster schliesslich dafür entschieden, die Möglichkeiten für eine Aufwertung des historischen Stadtzentrums höher zu gewichten, lehnen die Initiative darum ab und stimmen dem Gegenvorschlag zu.

Von Karin Niedermann, SP-Gemeinderätin

Die Moosackerstrasse zwischen der Riedikerstrasse und der Seestrasse ist vom Kanton schon lange angedacht und im kantonalen Richtplan verankert.

Die «Kulturlandinitiative gegen die Moosackerstrasse» verlangt nun, dass die Stadt Uster beim Kanton vorstellig werden und die Streichung der Strasse aus dem Richtplan verlangen soll. Stadtrat und Gemeinderat lehnen die Initiative ab, machen aber einen Gegenvorschlag, der den Bau der Moosackerstrasse zulässt, gleichzeitig aber dafür sorgen soll, dass Strassen im historischen Stadtkern von Uster, namentlich die Zentralstrasse, abklassiert, zurückgebaut und zugunsten von Velofahrenden und Fussgänger:innen umgestaltet werden.

Was will die Volksinitiative?

Die «Kulturlandinitiative gegen die Moosackerstrasse» fordert, dass der Stadtrat von Uster beim Kanton Zürich die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan beantragt. Die Initiantinnen und Initianten begründen das mit einer Reihe von Argumenten, etwa dass eine neue Hauptverkehrsstrasse zwangsläufig mehr Verkehr bringen wird, etwa auf der Berchtold- und der Wilstrasse, in Niederuster und in Riedikon. Davon betroffen wäre auch das Zeughausareal oder Schul- und Bildungseinrichtungen an dieser neuen Achse. Auch lasse sich der Bau einer neuen Strasse heute

nicht mehr mit dem Klimaschutz und der Biodiversität vereinbaren, Kulturland und Naherholungsraum gingen verloren.

Da es sich um ein kantonales Bauprojekt handelt, kann eine Annahme der Initiative den Bau der Moosackerstrasse nicht direkt verhindern. Wenn die Initiative angenommen wird, hat der Stadtrat aber den Auftrag, sich beim Kanton für die Streichung der Strasse aus dem kantonalen Richtplan einzusetzen. Wie der Stadtrat das macht und ob er erfolgreich sein wird, ob also der Kanton Hand dazu bietet, ist offen.

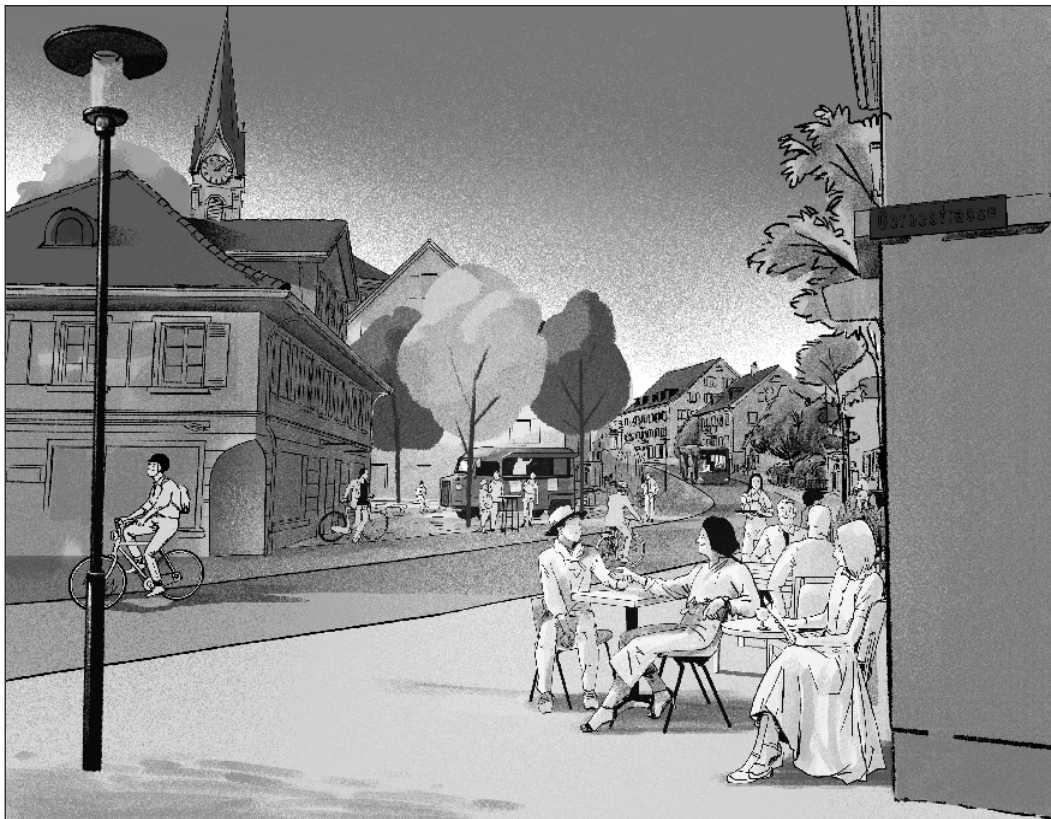
Was will der Gegenvorschlag?

Der Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat will den Bau der Moosackerstrasse zulassen, will diesen aber an die Bedingung knüpfen, dass gleichzeitig die Strassen im historischen Stadtzentrum abklassiert und umgestaltet werden. So soll etwa der Autoverkehr aus der Zentralstrasse verschwinden und der Raum Velofahrenden und Fussgänger:innen und Fussgängern zur Verfügung gestellt werden. Der Nüsslikreisel soll zu einem eigentlichen Sternenplatz umgebaut werden. Auch an der Zürichstrasse soll es Anpassungen geben und im umliegenden Quartier eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden. Diese Aufwertung des Strassenraums ist ein zentrales Ziel der Stadtentwicklung von Uster und wurde so auch im Stadtentwicklungskonzept (STEK) festgehalten.

Das Dilemma der SP

Nun kann man sich natürlich fragen: Kann man nicht beides haben, keine Moosackerstrasse und ein verkehrsberuhigtes historisches Stadtzentrum? Die bittere Antwort auf diese Frage lautet: Leider nein. Der sogenannte Antistauartikel in der Zürcher Kantonsverfassung verpflichtet den Kanton, dass wenn er auf einer Achse Kapazität abbaut, er diese im umliegenden Strassennetz andernorts wieder zur Verfügung stellen muss. Will heissen: Ein Kapazitätsabbau auf der Zentralstrasse kann es nur geben, wenn diese Kapazität mit der Moosackerstrasse wieder zur Verfügung gestellt wird.

Und hier beginnt nun das Dilemma für die SP: Es gibt viele Mitglieder, die grundsätzliche Vorbehalte gegen neue Strassenbau-Projekte haben, weil das alte Rezept «Neue Strassen gegen Verkehrsprobleme» bislang nur selten funktioniert hat. Auch der Kulturlandschutz hat für die SP einen hohen Stellenwert und sollte nicht Strassen-Infrastruktur geopfert werden, zumal nur wenige hundert Meter südlich die Seefeldstrasse parallel zur geplanten Moosackerstrasse verläuft.



Ein Nein zur Moosackerstrasse verhindert die Pläne der Stadt zur Aufwertung des historischen Stadtzentrums: Hier ein Blick in die autofreie Zentralstrasse.



Der Nüsslikreisel soll zum eigentlichen Sternplatz umgebaut werden, mit viel Raum zum Verweilen und Geniessen.

Andererseits will die SP, dass Uster ein lebenswerte Stadt ist. Das historische Stadtzentrum rund um die Zentralstrasse hat grosses Potenzial für eine Aufwertung. Es gibt hier die Chance, Strassenraum für die Menschen zurückzugewinnen. Wie das aussehen kann, sieht man auf den Illustrationen auf dieser Seite. Wollen wir uns diese Chance verbauen? Denn ein anderes Projekt um die erwähnte Bestimmung der Kantonsverfassung zu erfüllen, gibt es nicht. Und so bleibt die bittere Wahrheit: Ohne Moosackerstrasse keine Aufwertung des historischen Stadtkerns.

De Föifer oder s'Weggli?

An einer Mitgliederversammlung kurz vor den Sommerferien haben die Mitglieder der SP Uster intensiv über die Vorlage diskutiert. Einig war man sich darin, dass eine Ablehnung von Initiative als auch Gegenvorschlag keine Option ist. Ein solches Resultat würde ein veraltetes Paradigma beflügeln: Strassenbau ohne Rücksicht auf die Natur und Strassengestaltung ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner.

Wie man sich im Dilemma zwischen Initiative und Gegenvorschlag entscheiden sollte, war hingegen umstritten. Die einen gewichteten den Erhalt des Kulturlandes höher, andere die Möglichkeiten im historischen Stadtzentrum Strassenraum für die Velos und Fussgänger:innen zurückzugewinnen. Am liebsten hätte man beides, aber die Option «de Föifer und s'Weggli» ist in diesem Fall wie oben gezeigt leider nicht zu haben. Letztlich muss man sich somit für das eine oder das andere ent-

scheiden. Nach gewalteter Diskussion sprachen sich die anwesender SP-Mitglieder mit knappem Mehr dafür aus, die Aufwertung des historischen Stadtzentrums höher zu gewichten und empfehlen

deshalb ein NEIN zur «Kulturlandinitiative gegen die Moosackerstrasse». Gleichzeitig, und dies mit deutlichem Mehr, empfiehlt die SP Uster ein JA zu Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat.



Die Aufwertung des historischen Stadtkerns bringt mehr Raum für Velofahrende und Fussgänger:innen. (Bilder: Stadt Uster)

Abstimmungen vom 19. November: JA zur Verordnung gemeinwirtschaftliche Leistungen der Energie Uster AG

Ökofonds stärken und Energiewende erleichtern

Die Stadt Uster will mit einer neuen Verordnung die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die die Energie Uster AG für die Stadt Uster erbringt, neu regeln. Einerseits soll die Strassenbeleuchtung neu über eine Abgabe finanziert werden. Vor allem aber soll der Ökofonds gestärkt werden, der Mittelzufluss verstetigt und damit die Klimawende erleichtert werden. Dieser letzte Punkt ist denn auch für das JA der SP Uster zu dieser Vorlage ausschlaggebend.

Von Marius Weder, SP-Gemeinderat

Die Energiewende muss auch in Uster gelingen: Dafür sind mehr Mittel für den Ökofonds nötig. Zugegeben: Die Vorlage die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG betreffend ist sehr komplex und sehr technisch. Hintergrund ist ein Verwaltungsgerichts-Urteil eine andere Gemeinde betreffend, das dafür gesorgt hat, dass die bisherige Konzessionsabgabe der Energie Uster AG an die Stadt Uster nicht mehr wie bisher bezahlt werden konnte. Dieses Urteil wurde vom Stadtrat zum Anlass genommen, die Finanzströme zwischen der Stadt und ihrem Energiewerk neu zu regeln. Resultat ist die vorliegende Verordnung über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG.

Neue Basis für den Ökofonds

Was regelt die Verordnung neu? Zum einen regelt sie die Finanzierung der Strassenbeleuchtung neu. Diese wird von der Energie Uster AG im Auftrag der Stadt Uster betrieben und abgegolten. Neu soll diese Finanzierung über eine Gebühr beim Endkunden geschehen. Zum anderen wird die Alimentierung des Ökofonds auf eine neue Basis gestellt. Das ist ein wichtiges und bewährtes und bei der Bevölkerung bekanntes Instrument, mit dem Beiträge an Private etwa bei der Erstellung von Photovoltaik-Anlagen ausgerichtet werden. Bislang wird der Ökofonds aus dem Gewinn der Energie Uster AG gespeisen. Geht es der Energie Uster AG gut, so gibt es Geld für den Ökofonds. Läuft es schlecht, versiegt der Geldstrom und es gibt für die privaten Grundeigentümer:innen keine Unterstützung.

Mehr Mittel für die Klimawende

Was spricht nun aus Sicht der SP für diese Vorlage? Aus sozialdemokratischer Sicht kann man die



Die Energiewende muss auch in Uster gelingen: Dafür sind mehr Mittel für den Ökofonds nötig.

Neuregelung der Strassenbeleuchtung durchaus kritisch sehen: Streng genommen findet hier eine Verlagerung von Steuern zu Gebühren statt, was nicht unbedingt in unserem Sinne ist. Allerdings ist die Mehrbelastung mit weniger als zwei Franken pro Haushalt im Monat sehr gering. Absolut unterstützungswürdig sind hingegen die Regelungen bezüglich Ökofonds. Aus zwei Gründen: Erstens wird der Ökofonds so erstmals reglementarisch in der Stadt Uster verankert. Bislang war dies nur bei der Energie Uster AG der Fall und sie könnte – nur theoretisch, es gibt keine solchen Pläne – diesen Fonds auch wieder abschaffen. Durch das neue Reglement wird sie nun aber zur Führung dieses Fonds verpflichtet. Und zweitens:

Es wird sichergestellt, dass der Ökofonds nicht mehr vom Geschäftsgang der Energie Uster AG abhängig ist. Diese Verstetigung der Äuffnung ist dringend angezeigt, um die Energiewende in der Stadt Uster zu schaffen, zumal die Anzahl der Gesuche in den kommenden Jahren weiter steigen wird.

Fazit: Das Anliegen der Förderung nachhaltiger Energiequellen ist wichtig und dringend, die Finanzierung muss auf eine stabile Basis gestellt werden. Diese Verordnung macht dies möglich, weshalb die SP – trotz gewissen Vorbehalten betreffend der Strassenbeleuchtung – ein JA zur Verordnung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG empfiehlt.

Abstimmungsparolen für den 19. November 2023

JA zur Erhöhung des städtischen Beitrages für die schulergänzende Betreuung
(siehe Artikel Seite 3)

NEIN zur Volksinitiative «In Uster konsumieren - lokal parkieren»
(siehe Artikel Seite 7)

NEIN zur Volksinitiative «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse»
JA zum Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat
Stichfrage: Gegenvorschlag
(siehe Artikel Seiten 4/5)

JA zur Verordnung über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG
(siehe Artikel auf dieser Seite)

Ersatzwahl Primarschulpflege Uster: Karin Kocher Schmid (Grüne)

Abstimmungen vom 19. November: NEIN zur SVP-Parkplatz-Initiative

Unnötige und teure Parkplatz-Erbsenzählerei

Eine SVP-Initiative fordert, dass jeder öffentliche Parkplatz auf dem Ustermer Gemeindegebiet nur dann aufgehoben werden darf, wenn in der Nähe ein Ersatz – wenn möglich unterirdisch – geschaffen wird. Diese starre Regelung würde teuer werden, eine gute Zentrumsgestaltung verhindern und die Pflanzung von Schatten spendenden Bäumen in Quartierstrassen erschweren. Eine Bürokratie würde entstehen, die völlig unnötig wäre, weil nachweislich immer genug Parkplätze frei sind.

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Die Stadt plant die Nutzung des begrenzten öffentlichen Raums sorgfältig: Benötigt man einen Parkplatz oder Platz für einen Baum oder für eine andere Nutzung? Mit der SVP-Parkplatzinitiative wird dieses Abwägen in Frage gestellt. Sie fordert eine starre Regelung: ein Parkplatz darf nicht aufgehoben werden, wenn in der Nähe keinen Ersatz zur Verfügung gestellt wird. Und so einen Ersatz zu finden, kann sehr schwierig sein, weil oft in unmittelbarer Nähe kein geeignetes Grundstück vorhanden ist. Da mit der Parkplatzinitiative die Stadt Uster aber dazu verpflichtet wird, stets den Erhalt von Parkplätzen zu priorisieren, hat dies zur Folge,

dass den Bemühungen zu einer Aufwertung des Strassenraums, egal ob im Zentrum oder in den Quartieren, Steine in den Weg gelegt werden.

Lieber gut gestaltete Strassenräume

Alle sind sich einig: Das Ustermer Zentrum muss aufgewertet werden. Dazu muss der Strassenraum attraktiver gestaltet werden. Genau dies würde die Initiative aber gefährden. Sie gewichtet Parkplätze höher als gute gestalterische Lösungen. Ebenso dramatisch könnten die Folgen der Initiative in den Quartieren sein. Viele Quartierstrassen müssen in nächster Zeit saniert und – aufgrund der immer heisser werdenden Sommer – dringend mit Bäumen ergänzt werden. Findet die Stadt keine Lösung für bestehende, öffentliche Parkplätze, könnten in vielen Fällen keine Bäume gepflanzt werden.

Es hat mehr als genug Parkplätze im Zentrum

Die SVP behauptet, im Zentrum seien zu wenig Parkplätze vorhanden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die sorgfältige Erhebung zur Parkplattsituation im Ustermer Zentrum zeigt: Von den über 1000 vorhandenen, öffentlich zugänglichen Parkplätzen sind jederzeit – auch in der Haupteinkaufszeit – viele frei. Die Voraussetzungen aus Sicht des Parkplatzangebots für das Einkaufen in Uster sind also mehr als gut. Die Initiative will ein Problem lösen, das es gar nicht gibt. Und noch

dies: Die Post wird auch in Zukunft gut erreichbar sein; die Pläne des Stadtrats für ein attraktives Zentrum sorgen dafür. Der Jelmoli-Parkplatz wiederum ist ein privater Parkplatz und von der Initiative gar nicht betroffen. Was damit passiert, ist Sache der Privaten.

Initiative kostet eine Stange Geld

Falls für jeden aufgehobenen öffentlichen Parkplatz eine – möglichst unterirdische – Alternative gefunden werden müsste, kostete dies einen Haufen Geld. Für einen Parkplatz in einer Tiefgarage müsste die Stadt rund 40'000 bis 100'000 Franken hinblättern. Dieses Geld braucht sie für andere dringendere Vorhaben. Ziemlich paradox tönt es, wenn behauptet wird, dass die öffentlichen Parkplätze nicht aufgehoben werden dürfen, damit es dem Ustermer Gewerbe gut geht. Wenn dem so wäre, dann wäre das Geld, das für die Ersatzparkplätze aufgewendet werden müsste, nichts anderes als Subventionen für das Gewerbe.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass die Parkplatz-Initiative am 19. November 2023 abgelehnt wird.

Ein Nein ist nötig, damit das Ustermer Zentrum attraktiver werden kann. Ein Nein ist nötig, damit gut gestaltete Quartierstrassen mit Schatten spendenden Bäumen entstehen können. Es ist ein NEIN gegen eine unnötige und sehr teure Parkplatz-Erbsenzählerei.



Im Ustermer Zentrum herrscht wahrlich kein Parkplatzmangel: Von den rund 1000 Parkplätzen (im Bild Parkhaus Illuster) sind selbst in Spitzenzeiten immer genügend frei.

Wahlen vom 22. Oktober: National- und Ständeratswahlen

Last call: An die Urnen!

sp. Die diesjährigen Wahlen für National- und Ständeratswahlen haben, so der Eindruck, weniger hohe Wellen geschlagen, als in anderen Jahren. Woran das liegt, darüber kann spekuliert werden. Nichtsdestotrotz: Die Teilnahme an den Wahlen ist sowohl Privileg wie auch Bürger:innenpflicht. Deshalb hier der «Last call»: Gehen Sie an die Urne! Nehmen Sie an den Wahlen teil und bestimmen Sie damit über die Politik und die Zukunft des Landes. Unsere Empfehlungen:

Ständerat: Daniel Jositsch und Daniel Leupi

Daniel Jositsch ist eine bewährte und respektierte Kraft im Bundeshaus. Seit acht Jahren ist er Mitglied des Ständerates und verfügt dort über namhaften Einfluss. Da der Ständerat aufgrund der Konstruktion der kleinen Kammer von ländlichen, eher konservativen Kräften geprägt ist, braucht es dort auch starke Stimmen der urbanen Schweiz. Daniel Jositsch ist diese Stimme.

Neben Daniel Jositsch unterstützt die SP auch den Kandidaten ihres engsten Verbündeten, den Grünen: Daniel Leupi. Er hat als Stadtrat von Zürich sein politisches Geschick und seine Durchsetzungskraft bewiesen und wäre ein würdiger Vertreter des Kantons Zürich in der kleinen Kammer.

Ersatzwahl Schulpflege

sp. Am 19. November kommt es zu einer Ersatzwahl in die Primarschulpflege Uster. Richard Schmid (Grüne) ist aus der Schulpflege zurückgetreten. Die Grünen haben als neue Schulpflegerin Karin Kocher Schmid nominiert. Da auch die SVP einen Kandidaten aufgestellt hat, kommt es zur Urnenwahl. Für die SP ist der Anspruch der Grünen auf ihren bei den Wahlen 2022 erhaltenen Sitz unbestritten und empfiehlt deshalb Karin Kocher Schmid.



Daniel Jositsch



Daniel Leupi

Nationalrat: SP-Liste 2 mit Barbara Thalmann

Bei den Nationalratswahlen kandidieren so viele Personen auf so vielen Listen wie noch nie. Die Liste der SP trägt dabei die Nummer 2. Ganz besonders zur Wahl empfehlen wir dabei natürlich Barbara Thalmann, die Stadtpräsidentin von Uster. Sie verfügt über einen breiten politischen Hintergrund und grosse politische Erfahrung. Und sie kennt vor allem auch die Herausforderungen wie sie sich für Städte mittlerer Grösse stellen. Diese Aspekte gehen, so hat man den Eindruck, in Bern zwischen den gut gewahrten Interessen der Landschaft und dem Einfluss der Grossstädte gelegentlich etwas vergessen. Deshalb ist eine stärkere Vertretung der Menschen aus der Agglomeration, an der Schnittstelle zwischen Stadt und Land, nötig. Barbara Thalmann steht dafür ein.

Neben der Hauptliste 2 ist die SP noch mit drei Unterlisten am Start: Liste 12 JUSO (mit Rebecca Sharabi aus Uster), Liste 24 SP Ü60 (mit Heidi Vogt und Oskar Hartmann) und Liste 27 SP queer (mit Ray Belle Duric).



Barbara Thalmann